

Bezugspreis:
Vierteljährlich 30.— M., monatlich 10.— M.
Inhalt: 12 Hefen, wozu ein Jahrbuch
beiliegend. Unter Bezugnahme auf
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ethnischen deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Bessarabien. Mit
den übrigen Auslands- und in-
ländischen Nachrichten aus Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Preussens, Schweden
und der Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Woll und Fell“, der Unter-
haltungsbeilage „Himmels“ und der
Beilage „Erdkunde und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die schlagfertige Konkrete-
Anzeige kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen“
das fertige Wort 1,50 M. (zu-
willingt zwei fertige Wörter), jedes
weiteres Wort 1.— M. Stellenangebote
und Schloßkellneranzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
0,50 M. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 2.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zerlegungsgeld.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 8, abgegeben werden. Bestell-
zeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Wortspiel 15195-97
Expedition Wortspiel 11753-54

Montag, den 4. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Wortspiel 11753-54

Einigungsstreben der Arbeiterschaft.

Auf dem Parteitag der Labour Party in Brighton, der sich mit so überwältigender Mehrheit für das Verbleiben in der Zweiten Internationale entschieden hat, daß ein Antrag über Anschluß an die Moskauer Internationale ohne Diskussion zurückgezogen wurde, ist folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

„In Anbetracht der augenblicklichen Lage der Arbeiterbewegung in ganz Europa und des Wechsels im Sekretariat der Internationale beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, Schritte zur Festigung der Stellung der Zweiten Internationale zu unternehmen, die zur Sicherung ihrer demokratischen Grundlagen im Gegensatz zu den Prinzipien der Diktatur geeignet sind. Es sollen an alle sozialistischen Organisationen der Welt Einladungen zu einer Konferenz verschickt werden, auf der eine umfassende Internationale geschaffen werden kann.“

Der Parteitag wünscht gleichfalls eine Fühlungnahme zwischen der Zentrale der Wiener Internationalen Arbeitsgemeinschaft und dem Exekutivkomitee der Zweiten Internationale, um eine Einigung vorzubereiten und weiteren Spaltungen entgegenzuwirken.“

Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale, dem die englischen Mitglieder diese Resolution vorlegten, erklärte sich damit einverstanden, daß die Labour Party durch ihren Vorsitzenden Henderson diese Resolution an alle in Betracht kommenden Organisationen versendet, und auch die Zentrale der Wiener Arbeitsgemeinschaft anfragt, ob sie evtl. zu einer Zusammenkunft mit der Labour Party bereit sei, um über die Verwirklichung der Resolution zu beraten.

Es ist in Aussicht genommen, die in der Resolution vorgeschlagene Konferenz für Anfang Oktober nach London zu berufen.

Ende des englischen Bergarbeiterstreiks.

Das Abkommen zwischen den Vertretern der Bergarbeiter, der Bergwerksbesitzer und der Regierung wurde mit 882 814 gegen 105 820 Stimmen gebilligt und damit die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag beschlossen. Der gigantische Kampf, der am 1. April begann, hat damit nach einer Dauer von über 13 Wochen sein Ende genommen.

Es handelte sich um die Abwehr einer Lohnverkürzung, die zwischen 11 und 43 Proz., oder 2 bis 7 Schilling pro Schicht betragen sollte. Die Bergarbeiter forderten ein Lohnamt mit Lohnausgleichskasse für das ganze Land, um die Löhne und Lohnabzüge einheitlich zu gestalten. Das wurde abgelehnt. Die Regierung bot schließlich 200 Millionen Schilling, um einen Lohnausgleich zu bewirken. Das wurde als unzureichend abgelehnt, da es nur für zwei Monate gereicht hätte. Die Streikenden hatten von vornherein die erhoffte aktive Unterstützung der Eisenbahn- und Transportarbeiter in dem erwarteten Maße nicht für sich, zudem aber gewisse wirtschaftliche Notwendigkeiten gegen sich.

Bereits am 1. Juni sprach sich der Sekretär der Bergarbeiter Hodges für eine ehrenvolle Regelung aus, die einen den Lebensunterhaltskosten entsprechenden Lohn sichere. Die Regierung mußte eine Unterstützung bis zum 30. September versprechen. Die Regierung erklärte denn auch, die der Kohlenindustrie zugesagten 10 Millionen Pfund Sterling bis Ende September zu verteilen. Die Unternehmer forderten, daß bei der Regelung auf Grund der Vorkriegslöhne der eingetretenen Produktionsminderung Rechnung getragen werden müsse. Die Regierung suchte jeweils durch Versprechungen und Drohungen einzugreifen.

Schwieriger noch gestaltete sich für die Bergarbeiter der Beschluß der Eisenbahner und Transportarbeiter am 2. Juni, das Verbot der Kohlenbeförderung vollständig aufzuheben. Die Bergarbeiter beharrten auf ihrem Standpunkte, daß die Gewinne aus den Bergwerksbetrieben einer gemeinsamen Kasse zuzuführen müßten. Die Besitzer zeigten sich dann geneigt, dem Plan eines nationalen Lohnbureaus nach den Vorschlägen der Regierung zuzustimmen.

Die Führer der Bergarbeiter wurden dann ermächtigt, mit den Besitzern auf den Distriktskonferenzen frei zu verhandeln. Die Erklärung der Regierung, daß sie ihr Angebot, 10 Millionen Pfund zur Erleichterung des Lohnabbaues zur Verfügung zu stellen, nur bis zum 18. Juni aufrechterhalte, über welchen Termin sie schließlich hinausging, faßten die Arbeiter als eine Erpressung auf, zumal Lloyd George wieder mit gesetzlichen Zwangsmaßnahmen drohte. Die Besitzer beschränkten sich dann auf einen Abzug von 3 Schilling pro Tag auf die Dauer von 6 Monaten. Die weniger ertragreichen Gruben sollen aus den Millionen unterstützt werden. Der Vollzugsausschuß erklärte hierin die Möglichkeit einer Verständigung, da die Befürchtung, die Löhne würden unter das lebensnotwendige Niveau herabsinken, behoben sei. An der Abstimmung am 15. Juni beteiligten sich aber nicht einmal die Hälfte der Bergarbeiter. Die Bedingungen der Zehnenbesitzer wurden mit 313 703 gegen 111 846 Stimmen abgelehnt. Sollte der Kampf weitergeführt werden, müßte

er verstärkt werden. Die übrigen in Betracht kommenden Organisationen versagten jedoch den Bergarbeitern ihre Mitwirkung bei einem Generalkstreik, trotz des Hinweises, daß die Bergarbeiter die Vorkämpfer seien für eine angemessene Lebenshaltung. Durch einen Generalkstreik in dieser Situation und bei der ganzen wirtschaftlichen Konjunktur konnte den Bergarbeitern wenig mehr geholfen werden, den übrigen beteiligten Organisationen aber gewaltiger Schaden, wenn nicht eine Lahmlegung erwachsen, die sie den Lohnabbaubestrebungen gegenüber zur Ohnmacht verurteilte. Abgesehen von der Drohung Lloyd Georges mit einem besonderen Schutz der Arbeitswilligen. Es kam zu neuen Verhandlungen und dabei zu dem vorläufigen Uebereinkommen vom 28. Juni, wonach der Tagelohn sofort um 2 Pence, im August und im September um je weitere 6 Pence gekürzt wird. Die Regierung versprach die 10 Millionen, wenn der Bergarbeiterverband sich verpflichte, die Wiederaufnahme der Arbeit sofort anzuordnen, das Abkommen mit den Besitzern, wonach diese anstatt 20 Proz. nur 17 Proz. vom Reingewinn beanspruchen, während den Bergarbeitern 83 Proz. zugeteilt werden sollen, als fortbauend zu betrachten. Die Bergarbeiter ließen zugunsten der Verständigung ihre Forderung auf Schaffung einer nationalen Ausgleichskasse fallen. Die Lehren dieser Bewegung bedürfen noch der Klärung und einer eingehenden Würdigung.

Friedenszustand mit Amerika.

New York, 2. Juli. (WTB.) Präsident Harding unterzeichnete die Resolution über die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland und Deutsch-Oesterreich.

Die Folgen.

Paris, 4. Juli. (WTB.) „Chicago Tribune“ teilt aus Washington mit, nachdem Präsident Harding die Friedensresolution unterzeichnet hat, wird die formelle Friedensproklamation in einigen Tagen erlassen werden. Durch sie wird der Kriegsgefehrde, dem Befehl über den Handel mit dem Feind und dem Befehl über die Freiheitsanleihen ein Ende gemacht werden. Danach werden die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen, und es wird über einen Handelsvertrag verhandelt werden.

Die Amnestie in Oberschlesien.

Vor dem Amnestieerlaß der Reichsregierung hatten die vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens der Interalliierten Kommission eine Erklärung übermitteln lassen, in der unter Hinweis auf die Gefahr eines neuen Zustandes vor einer allgemeinen Amnestie gewarnt wird. Ausgenommen von der Amnestie müßten sein Korpsant und die Mitglieder des Vollzugsausschusses, die Kommandanten von Formationen der Aufständischen, die Orts- und Kreis-Kommandanten, auf deren Befehl und unter deren Verantwortung Verbrechen und Vergehen verübt worden sind, die Vorsitzenden und Beisitzer der Feldgerichte der Aufständischen, die sich richterliche Gewalt über Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung sowie alle diejenigen Personen, die widerrechtlich sich öffentliche Ämter angeeignet haben, alle Teilnehmer des Aufstandes, die am 3. Mai 1921 Beamte der Interalliierten Kommission gewesen sind, insbesondere die Kreisbeiräte und die Beamten der Polizei Oberschlesiens und Spezialpolizei und alle diejenigen Personen ohne Unterschied der Nationalität, die Verbrechen und Vergehen gegen das Leben und das Eigentum begangen haben.

Diesen Forderungen trägt der Amnestieerlaß der Reichsregierung nicht Rechnung, da die politisch und militärisch für den Zustand Verantwortlichen ohne Ausnahme unter die Amnestie fallen.

Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs.

Kattowik, 2. Juli. (WTB.) Die Eisenbahndirektion teilt mit: Der Eisenbahnverkehr ist mit dem heutigen Tage früh aufgenommen worden. Die Züge sind ungehindert durchgekommen und waren durchweg stark in Anspruch genommen. Die zurzeit in Gleiswäg weisende Oberbetriebsleitung kehrt demnächst nach Kattowik zurück. Die Zentrale der Leitung liegt dann wieder in der Eisenbahndirektion Kattowik.

Schiffer und Jagow.

Ein Mittagsblatt bringt die Meldung, daß der Reichsjustizminister Schiffer dem Oberreichsanwalt den Auftrag gegeben habe, zu veranlassen, daß Herr v. Jagow nunmehr verhaftet werde.

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist in dieser Form die Meldung noch verfrüht. Ueber den Stand der gesamten Angelegenheit beabsichtigt der Herr Reichsjustizminister, dem Reichstag möglichst bald umfassende Aufklärung zu geben. Er wird hierfür die erste geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit benutzen, so daß die Erklärung spätestens morgen, vielleicht sogar noch im Laufe des heutigen Tages erfolgen wird. Der Reichstag sollte alles tun, um dem Justizminister jede Gelegenheit zu der von ihm erwünschten Erklärung zu geben.

Von Barth zu Kopsch.

Forcht man nach den Ursachen des deutschen Unglücks, so stößt man immer wieder auf das politische Vergehen des deutschen Bürgertums. Seit dem Verfall der National Liberalen hat es in Deutschland nie mehr eine bürgerliche Partei gegeben, die dem politischen Geschehen die Zeichen ihres Willens ausdrückte. Bis zur Schicksalswende von 1918 regierte das persönliche Regiment, gestützt von den Junkern, dann siegte die Republik durch die Stoßkraft der sozialdemokratischen Arbeiterschaft.

Der größte Teil des deutschen Bürgertums hatte, soweit es überhaupt politisch dachte, bis zum Kriegsausbruch in der Angst vor der Sozialdemokratie gelebt. Obwohl man der Sozialdemokratie auch vor dem Kriege bolschewistische Allüren durchaus nicht nachsagen konnte, vielmehr ihre Loyalität und ihr grundsätzliches Bekenntnis zur Demokratie unzweifelhaft feststand, ließ man sich von der Rechten ins antirevolutionäre Bodshorn fagen, und verlor die vollkommenen die Gefährlichkeit jener Faktoren, aus denen sich der wirkliche „Kladderadatsch“ vorbereitete. Die Sozialdemokratie stand in ihrem Kampf für das parlamentarische Regime und das gleiche Wahlrecht in Preußen allein. Heute begriff, von einigen unheilbar Bornierten abgesehen, jeder Mensch in Deutschland, daß die Hindernisse, die sich der demokratischen Entwicklung entgegenstellten, auf die Dauer unhaltbar waren, und daß ihre allzu zähe Verteidigung wesentlich zum Unglück des deutschen Volkes beigetragen hat.

Unter dem Druck dieser Erkenntnis bildete sich kurz nach der Revolution die „Deutsche Demokratische Partei“. Sie sollte nach dem Willen ihrer Gründer nicht bloß eine neue Form für einen alten Inhalt sein, sondern einen neuen lebenskräftigen Faktor der deutschen Politik darstellen, indem sie sich entschlossen auf den Boden der demokratischen Republik stellte, bereit, ihn zu verteidigen und zu diesem Zweck die Hilfe der sozialdemokratischen Arbeiterschaft anzunehmen, ohne die ein erfolgreicher Kampf gegen rückwärtliche Tendenzen nicht möglich ist. Sollte aber diese Verbindung Bestand haben, so durfte die neue bürgerliche Partei keine reine Bourgeoispartei sein, die ihre Stellung zur Regierung lediglich danach bestimmt, welche steuerlichen und sozialen Lasten sie zu tragen hat, sondern sie mußte eine wirkliche Staatsbürgerpartei werden, die für die Räte der arbeitenden Massen Verständnis zeigte und dem sozialen Fortschritt — ohne theoretische Voreingenommenheit gegen den Sozialismus —, soweit er jeweilig realisierbar war, den Weg bahnen half.

Dieses Ziel schwebte den Gründern der Deutschen Demokratischen Partei deutlich vor, wie es dem leider zu früh verstorbenen Theodor Barth vorschwebte, der dafür jahrelang vergeblich gekämpft hatte. Sie gingen mit Optimismus an ihre Arbeit, und die ersten Erfolge schienen diesen Optimismus zu rechtfertigen. Es bleibt eine unvergängliche geschichtliche Tatsache, daß die Entstehung der Verfassung der Deutschen Republik mit dem Namen eines bürgerlichen Demokraten, des Staatssekretärs Hugo Preuß, unzertrennlich verbunden ist.

Stand die Demokratische Partei fest zu ihren Grundsätzen, so brauchte sie eine Bedrohung ihrer Selbstständigkeit durch die Sozialdemokratie nicht zu fürchten. In Fragen der „formalen Demokratie“ bestanden keine Meinungsverschiedenheiten. Das Maß der sozialen Reformen zu bestimmen, lag aber in ihrer Hand, solange es der Sozialdemokratie nicht gelang, eine Mehrheit in den Volksvertretungen gegen sie zu bilden, und die Entstehung einer solchen Mehrheit wurde in dem Maße erschwert, als eine aufrichtig demokratische und sozialreformerische bürgerliche Partei breitere Massen der Angestellten und Beamten bei sich festzuhalten verstand. Es war also, vom Standpunkt der bürgerlichen Demokratie gesehen, wahrhaftig keine schlechte Politik, die den Gründern der Deutschen Demokratischen Partei vorschwebte.

Bergleitet man jedoch die Haltungen von 1918 mit der Wirklichkeit von 1921, so findet man, daß von ihnen beinahe nichts mehr übriggeblieben ist. Das Beharrungsvermögen hat über alle Kräfte der Erneuerung gesiegt, und die Deutsche Demokratische Partei ist heute schon nichts anderes mehr als der gute alte Bürgerfreisinn aus der Zeit vor dem Kriege.

Der Versuch, eine eigene Linie der Politik festzuhalten, scheint so gut wie vollständig aufgegeben. Die taktische Bewegung der Partei erfolgt nach dem Befehl der Attraktion und Repulsion, wie etwa eine Billardkugel zwischen den Tischkanten hin- und herläuft. Im Augenblick ist das Streben nach rechts, die Hinneigung zur Deutschen Volkspartei übermächtig. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dann wieder nach einiger Zeit, wenn man gesehen hat, welchen Schaden man angerichtet hat, wieder eine Rückentwicklung nach links erfolgen. Genau so war es auch vor dem Kriege: 1907 schlug der Freisinn mit den Konservativen die Wahlschlacht gegen die Sozialdemokratie und ließ sich dafür von Wilhelm II. beloben. Später erschraf er über die Früchte seiner Taten so

Jeht, daß er im Jahre 1912 das bekannte Wahlabkommen mit der Sozialdemokratie schloß.

Betrachten wir die Dinge aus rein tatsächlichen Gesichtspunkten, so brauchen uns die „Extraktoren“, die der Freisinn mit Stegerwald in Preußen, mit Rahr in Bayern tanzt, nicht zu beunruhigen. Wir können warten. Aber der klaren Einsicht dürfen wir uns nicht verschließen, daß eine Partei, deren Willensorgane so schwach entwickelt sind, als Subjekt der Weltgeschichte schwerlich in Betracht kommt. Und auch darüber müssen wir uns klar sein, daß die alte unheilvolle Schwäche und Einsichtslosigkeit des deutschen Bürgertums die Gefahr einer Wendung zur Katastrophenpolitik außen und innen bedenklich verschärft.

Diese notwendige Einsicht ist nicht auf die Sozialdemokratie allein beschränkt. Es gibt auch Demokraten, die sie teilen, wie man bemerkt, wenn man die Haltung einzelner demokratischer Blätter außerhalb Berlins verfolgt. Eine jüngst hier zitierte Stimme aus der „Frankfurter Zeitung“ beweist es. Im großen Ganzen zeigt aber die demokratische Presse weit mehr das Bestreben, ihrem behäbigen Publikum durch anmutige Plaudereien über die Unannehmlichkeiten der Zeit hinwegzujubeln, als Kämpfer für ihre unvermeidlichen Kämpfe zu schulen. Diese Sanftmütigkeit stricht grell ab von dem zähen, fanatischen Eifer, mit dem die reaktionäre Presse ihre Ziele verfolgt.

Auch als Sozialdemokrat kann man der Meinung sein, daß in den gegenwärtigen kritischen Zeitaltern eine andere Entwicklung der bürgerlichen Demokratie für das Volksganze erprießlicher gewesen wäre. Aber es hilft nichts, sich die Dinge auszumalen, wie man sie gerne haben möchte, man muß sie sehen, wie sie sind. Und darum heißt es für uns: Aufgepaßt! Geht es einmal hart auf hart im Kampf um die Republik, dann sind wir ganz auf uns selbst gestellt.

Der Kanonendiebstahl von Küstrin.

Zu unserer Anfrage an das Reichswehrministerium, ob es gegen die Stellen einschreiten wird, die während des Diebstahls von achtzehn Geschützen in Küstrin geschlafen haben, teilt uns dieses mit, daß nicht das Reichswehrministerium, sondern das Reichsschatzministerium zuständig ist, da die gestohlenen Geschütze nicht mehr der Reichswehr gehörten, sondern bereits der Treuhändergesellschaft zur Vernichtung übergeben waren.

Wir adressieren hiermit unsere an den Reichswehrminister gestellte Frage an das Reichsschatzministerium und möchten noch folgendes bemerken: Der Küstriner Geschützebstahl hat sich bereits vor mehreren Wochen zugetragen, nämlich in der Nacht vom 6. bis 7. Juni. Wie kommt es, daß die Öffentlichkeit erst jetzt durch die sozialdemokratische Presse davon erfährt? Warum hat die Polizei nicht die Öffentlichkeit benachrichtigt, die doch bei Ergreifung der Täter gute Dienste hätte leisten können?

Wie die P. P. R. bei Redaktionschluß melden, ist in dem Falle Küstrin ein Strafverfahren eingeleitet worden. Auch Verhaftungen wurden vorgenommen.

Poehners Maske.

Der „verbotene“ aber erscheinende „Völkische Beobachter“.

Als nach der Ermordung Gareis die gesamte Öffentlichkeit auf die Rolle der Münchener Heftpresse hinwies und sie mit zahlreichen Zitaten belegte, da unternahm die Regierung Rahr ein Beruhigungsmanöver, indem sie bekannt gab, daß der „Völkische Beobachter“ auf vier Wochen verboten worden sei.

In einem Telegramm unseres Münchener Sonderberichterstatters wurde bereits darauf hingewiesen, daß es sich nur um ein Scheinverbot handelt, da unter ausdrücklicher Billigung der Polizeidirektion Poehner sofort nach dem Verbot das Blatt unter anderem Titel weiter erschien. Das wird jetzt ganz öffentlich bestätigt, denn die „Deutsche Zeitung“ bringt folgende Meldung:

Das Ende des „Größenwahns“.

Am Sonntagabend haben sie es geschlossen. Für immer, für ewig. Aus dem „Café Größenwahn“ am Kurfürstendam soll werden, was alles in Berlin wird: „Diese“ nennt man's, irgendein Schibitrien ist es. Die deutsche Literatur, die von Berlinern, Budapestern und Lemesoaren geheiligt, der deutsche Film, der von Riggern, Serbotroaten, Japanern und Moslemin veredelt wird, das deutsche Kabarett, die deutsche Erotik des starken, schwachen und dritten Geschlechts, der deutsche Rotainismus und Morphinismus, kurz alles, was von der Furcht vor der tröstlichen Bude geplagt wird, wird jetzt obdachlos. Viele aus dem „Café Größenwahn“ verdienen eine Gummizelle, viele aber auch ein Paradies.

Mancher Pump kam dorthin. Es kamen viel mehr, denen man behutsam nahen mußte und mit einem Knig. Schnell ein paar Namen! Bedekind und Wolzogen, Peter Hille und Max Reinhardt, Paul Lindau und Roda Roda, der Schachweltmeister Lasker und Elise Lasker-Schüler, die Dichterin, Erich Mühsam, Max Halbe, Hans Heinz Ewers, Franz Marc und Schickel gehörten einmal zu den Stammgästen, und zwar die meisten zu einer Zeit, da sie noch nicht berühmt und „fitt“ waren. Es ist eine gemeine Lüge, daß die Cafés das Talent verlodern. Nein, das Café ist Dase im allgemeinen. Ibsen, Strindberg, Verlaine, Schopenhauer und der junge Heinrich Heine sind Zeugen dafür. Das „Café Größenwahn“ war im besonderen ein Refektorium für jeden Philister, der sich bessern wollte.

Bis 1914 handelte man dort nur mit Geist, 1921 geschah es auch manchmal, daß Damen, falsche Pässe und Raubüberfälle verhandelt wurden. Die Talente mußten zusammenrücken, weil Stammgäste vom Totalitator, Kaufmädchen mit und ohne behördliche Erlaubnis, politische Spitzel und berufsmäßige Schnorrer drängelten. Aber es zählten auch noch bis zum letzten Tag mindestens zwanzig ganze, anständige Kerls auf zehn Schubstühle.

Der Mann, der von der Armut der deutschen Kunst schwerlich geworden ist, schmeißt die gleichen Beute, die für seinen Geldsack so reichlich gearbeitet oder gepumpt haben, jetzt erbarmungslos aufs Pflaster. Der Mittelstand stirbt eben a. u. s. Es gibt nur noch Dile oder Volkstümliche. Es ist eine harte Zeit mit feilsamer Ungerechtigkeit. Dem fleißigen und geschickten Mann, der mit kräftiger Bürste und gutgeübtem Schauerlappen den dunkelsten Ort des „Cafés Größenwahn“ zu verwalten pflegte, ist das auch aufgefallen und verhängnisvoll geworden. Ich fragte ihn: Nun, mein Verehrtester, wie geht das Geschäft? Und er etwas unend und im Jeremiastone: „Das Geschäft? Welches Geschäft? Geschäft war 1917, Geschäft war 1918. Da ließ sich leben, da war die gute, alte Kohlrübenzeit, wo unsereins im Vordergrund des Interesses stand. Aber heute, wo die Taschen wieder ganz normal werden!“ Da er nicht mehr auf seine lebhafte Rundschau rechnen kann, hat er sich übrigens umgestellt. Er fabri-

Der „Völkische Beobachter“ erseht. Wie wir erfahren, erscheint für die Dauer des Verbotes des „Völkischen Beobachters“ in München ein neues Blatt „Der Rationalsozialist“.

Die Form der Meldung bestätigt ausdrücklich, daß das neue Blatt nur eine Umgehung des Verbotes bezweckt. Die Polizeidirektion Poehner, die diese Umgehung ruhig gestattet, beweist damit, daß sie mit dem Verbot des „Völkischen Beobachters“ sich nur vor der Öffentlichkeit in der Rolle der Unparteilichkeit hat zulegen wollen, während sie in Wirklichkeit gar nicht daran denkt, der nationalistischen Verberzungsarbeit irgendwelche Hindernisse zu bereiten.

München, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der von der bürgerlichen Presse sensationell aufgebaute „Mordanschlag auf einen Einwohnerwehrläufer“ sinkt immer mehr in eine bewußt übertriebene Schauergeschichte zusammen. Es ist festgestellt, daß das Geschöß nicht vom Dach des Nachbarhauses, sondern aus dem engen Hof heraus durch irgendein Instrument, voraussichtlich ein Luftdruckgewehr, herausgeschleudert wurde mit einer so geringen Kraft, daß diese kaum genügt hätte, die Fensterscheiben zu zertrümmern.

Von der ganzen Sensation bleibt also nur, daß ein kleines Geschöß, ohne Schuß, gegen die Fensterscheiben eines Hauses slog, dort sich zwischen kleinen Glascherben einleitete und in den Hof fiel, als das Fenster geschlossen wurde. Daraus entstand der „Mordanschlag“ der „Münchener Neuesten Nachrichten“ und der „München-Augsburger Abendzeitung“ und der Schuß, der den Kopf eines obendrein abwesenden Einwohnerwehrläufers treffen sollte!

Erzberger gegen Moabit.

In dem Prozeß für Hefferich und gegen Erzberger spielten einige Erzbergerische Aussagen, bei denen er mit der Wahrheit in Konflikt gekommen sein sollte, eine große Rolle. Sie gaben den Anlaß dazu, Erzberger der Verletzung seiner Eidspflicht anzuklagen. Hefferich, der kleine Siegfried der Deutschnationalen, als Zeuge vernommen, fühlte sich dabei sogar berufen, das Gericht auf einige weitere Fälle von Meineid aufmerksam zu machen.

Die Meineidsanklage wanderte durch alle Instanzen der Staatsanwaltschaft, bis sie fallen gelassen werden mußte. Jetzt beschäftigt sich nun die „Germania“ ausführlicher mit den einzelnen Vorwürfen gegen Erzberger. Dabei kommen recht merkwürdige Feststellungen zu Tage, die auf die Moabiter Hefferich-Kammer ein eigenes Licht werfen. Deren Urteil betont z. B. unter Stützung auf einige Daten, daß sich Erzberger der Unwahrheit seiner Erklärungen bewußt gewesen sei. Jetzt wird aber dem Gericht nachgewiesen, daß die von ihm benutzten Daten positiv falsch gewesen sind! Die „Germania“ unterstreicht, daß diese Klärung die Staatsanwaltschaft aller Instanzen bestätigt habe, einschließlich des Untersuchungsrichters, der nach der Angabe der „Deutschen Tageszeitung“, im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse und namentlich auch im Hinblick auf das politische Getriebe besondere Garantien bietet!

Wenn die „Germania“ mit ihren Feststellungen in dieser Art weiter fortfährt, dann wird Hefferich bald „besondere Garantien“ brauchen, um weiter Nationalhelden bleiben zu können.

Awaloff Bermond in Berlin.

Nach einem Bericht des „L. A.“ soll auf den Führer der ehemaligen „Freiwilligen russischen Wehrarmee“, den nicht gerade rühmlich bekannten General Awaloff Bermond in Berlin ein Attentat verübt worden sein. Während Awaloff Bermond, der sich zurzeit in einem Sanatorium in Südbaden aufhält, mit der Vorortbahn nach Berlin fuhr, sei in der Nähe des Bahnhofs Papestraße in das Abteil hineingeschossen worden, in dem Awaloff Bermond mit noch fünf Personen saß. Verletzt wurde niemand.

Der Vorfall ist einigermaßen dunkel. Die Darstellung des „L. A.“ läßt auch nicht mit Sicherheit erkennen, ob der Täter es wirklich auf die Person des Awaloff Bermond abgesehen hatte. Der „L. A.“ selber bringt noch eine zweite Meldung über Schüsse, die auf den Vorortzug Nr. 1182 in der Nähe des Bahnhofs Papestraße abgegeben wurden. In dieser zweiten Meldung ist Awaloff Bermond gar nicht erwähnt, obwohl ganz offensichtlich das selbe Ereignis dargestellt ist. Es erscheint daher sehr wohl möglich, daß es sich

hier um seinen zahlreichen Ruhestunden Hampelmänner, die man an der Strippe zieht, und dann schmeißt sie die Beine und die Arme in die Luft, als wenn sie außer sich wären. — — —

Sie haben allen Grund, außer sich zu sein. Denn bedenkt man: Das ehrwürdige, hochberühmte „Café Größenwahn“ eine Dialekt — Ganze Bände der Moral und Betrachtung liegen sich noch schreiben. Der Redakteur dieses Blattes ist aber für Enthaltbarkeit. Hören wir ihn und klagen wir schweigend!

Dante-Fest in der Staatsoper. Am 14. September läßt sich zum 600. Male der Tag, an dem Italiens größter Dichter — der Verfasser der „Göttlichen Komödie“ — Dante Alighieri starb. Dante ist ein Kind Europas — nicht Italiens — und so rüstet sich ganz Europa, diesen Tag zu begehen. Ein Hauch von geistiger Gemeinschaft weht damit durch die zerstreute Welt — und zeigt, daß wir alle doch irgendwas und irgendwie zusammenhängen. Dieses „irgendwas“ hat Ernst Troeltsch in seiner Festrede, welche den Mittelpunkt der gestrigen Dante-Festfeier bildete, glänzend herausgearbeitet. Es ist das Mittelalter, dem wir alle entstammen — das Mittelalter, welches noch ungeschieden und ungetrennt die Wurzeln des heute lebendigen enthält. Randem, dem die Wirrnisse der eigenen Epoche zum qualvollen Erlebnis wird, erscheint das Mittelalter als die goldene Zeit. Damals gab es, wie der erste Festredner Adolf von Harnack betonte, eine einheitliche Kultur, eine Einheit, welche vom Geist des Hochmittelalters getragen wurde. Doch ist es zwecklos, die Augen nach rückwärts zu wenden. Das, was wir sind, sind wir geworden — und eine Sehnsucht darf nur darauf zielen, was wir noch werden können.

Mit der Grundfrage seines Themas: „Was hat Dante unserer geistigen Not zu sagen“, kam Troeltsch dieser Forderung, vorwärts zu blicken, voll entgegen. Statt sich in historische ästhetische Feinheiten zu verlieren, sprach er von Dante als einem Lehrmeister für die Gegenwart. So wie Dante in der Erhebung der Volkssprache zur Sprache der Kunst eine dem Volksbewußtsein entsprechende Dichtung — ja eine aus dem Volksbewußtsein kommende Kultur erschuf — so muß die Kultur der künftigen Tage in der inneren Seele des Volkes verwurzelt sein. Diese wahre Volkskultur wird aber nicht geschaffen durch Herabzwecken alles Geistigen auf die Verstandesmäßigsten breiter Massen, sondern nur durch strenge, geistige Zucht jedes einzelnen, der nicht verpassen darf, was die Vergangenheit schuf. Das Leben als Läuterung ist der Inhalt von Dantes Gedicht, das Leben als Läuterung ist die Forderung des Tages. Diesem Rufe des Festredners nach ethischer Vertiefung unseres geistigen Lebens können wir ohne Vorbehalt Beifall spenden — auch dann, wenn wir im einzelnen andere Wege gehen.

Russische Darbietungen der Singakademie unter der Leitung Georg Schuchmanns umröhren die würdige Feier — nur der Schluß mishaßte, als der vor den Sängern liegende Bläserchor jeden Laut der menschlichen Stimmen übernahmerte. Dr. V. Engelhardt.

Schauspieler-Examen. Bekanntlich hat die Bühnengenossenschaft auf ihrer Frankfurter Versammlung beschlossene, Anfänger nur nach einer Prüfung in ihre Organisation aufzunehmen.

um eins der höchsten Ehrenämter der Handelt, wie wir es schon öfter erlebt haben, und daß nur durch einen Zufall Herr Awaloff Bermond bedroht wurde.

Bei dieser Gelegenheit erfahren wir aber wieder etwas über den Aufenthalt von Götzen in Berlin, die man nur als unliebbar bezeichnen kann. Auch Lalaots Aufenthalt in Berlin wurde erst durch das Attentat auf seine Person bekannt. Konnte schon der Berliner Bevölkerung nichts daran gelegen sein, den Schlächter des armenischen Volkes zu beherbergen, so muß der Aufenthalt des Herrn Awaloff Bermond in Berlin geradezu als eine Gefahr bezeichnet werden. Denn dieser Herr ist eine konspirativ veranlagte Natur, der schon mehrfach in Deutschland verhaftet hat, die Fäden seiner russischen Verschwörung weiter zu spinnen, seine „Armee“ von neuem zu organisieren und im Bunde mit reaktionären Desperados aus armenischen Offizierskreisen neue politische Abenteuer im Osten anzujstellen. Uebrigens wurde vor einiger Zeit in der bürgerlichen Presse Awaloff Bermond unwidersprochen als ein Schwindler bezeichnet, der sich z. B. den russischen Fürstentitel aus eigener Machtvollkommenheit zugelegt habe. Was daran wahr ist, wissen wir nicht, jedenfalls hat dieser Herr zur Genüge bewiesen, daß er politisch das schärfste Mißtrauen verdient.

Sächsischer Landesparteitag.

Am Sonnabend begann der Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie im Leipziger Volkshaus. Der Bericht des Landesauschusses, den Genosse Justus Eggert erstattete, gab ein erfreuliches Bild von dem Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei. Die Zahl der männlichen Mitglieder der Partei ist seit dem vorigen Jahre von 69 665 auf 85 674 gestiegen, die Zahl der weiblichen Mitglieder von 13 090 auf 14 475. Ingesamt betrug am 6. März 1921 die Zahl der Mitglieder unserer Partei 100 149. Gegenüber dem Vorjahre hat eine

Zunahme von 17 394 Mitgliedern

stattgefunden. Die Mitgliederzahl der Vorkriegszeit ist zwar von der SPD. noch längst nicht wieder erreicht, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß ja gerade in Sachsen die U.S.P. sehr stark vertreten ist. Besonders erfreulich ist die Mitgliederzunahme unserer Partei im Bezirk Leipzig, wo im Jahre 1917 nach der Spaltung die Organisation unserer Partei mit 62 Genossen in Leipzig neu gegründet wurde, währenddem heute in der SPD. des Bezirks Leipzig rund 7000 Mitglieder organisiert sind. Große Erfolge hat die Rote Woche in Sachsen gebracht. An Mitgliedsbeiträgen gingen in ganz Sachsen im vergangenen Jahre rund 1,3 Millionen Mark ein. Der gesamte Kassenumlag belief sich auf über 2,5 Millionen Mark. In Sachsen sind insgesamt 4818 Gemeindevertreter der SPD. vorhanden gegen 2094 sozialdemokratische Gemeindevertreter im Jahre 1914. Auch die Entwicklung der Abonnementzahl der Parteizeitungen war gut. In der Jugendbewegung wurden erfreuliche Fortschritte erzielt.

In der auf den Geschäftsbericht folgenden Diskussion, bei der eine Anzahl der zum Parteitag gestellten Anträge mit behandelt wurde, wurde besonders Klage darüber geführt, daß die Arbeiterschaft im Vorstand des sächsischen Landesamts für Wohlfahrtspflege nur durch 3 unter 23 Mitgliedern vertreten ist. Ein Antrag der Gewerkschaften auf eine Vertretung wurde merkwürdigerweise vom sächsischen Ministerium des Innern, an dessen Spitze der unabhängige Minister Lipinski steht, abgelehnt.

Am 2. Verhandlungstage erstattete der Genosse Eggert ein Referat über die politische Lage, in dem er u. a. auch die Vorgänge bei der Regierungsbildung in Sachsen besprach. Er wies darauf hin, daß sowohl die U.S.P. wie die demokratische Partei es abgesehen haben, gemeinsam in einer Regierung zu arbeiten, er hofft aber, daß die Entwicklung dahin führen werde, daß eine Zusammenarbeit zwischen der SPD. und den beiden Nachbarparteien später einmal möglich sein werde. Bei der Regierungsbildung in Sachsen sei auch der Gedanke aufgetaucht, den Bürgerlichen allein die Regierung zu überlassen, aber nach den anderwärts gemachten Erfahrungen dürfe diesem Gedanken kein Raum gegeben werden. Redner hält das Bekenntnis der U.S.P. zur Rätediktatur für ein Hindernis der Einigung der beiden Parteien, hofft aber, daß diese Frage auf die Dauer einer Einigung der Parteien nicht entgegenstehe wird. Mit dem Bekenntnis, daß die SPD.

an der gemeinsamen sozialistischen Regierung festhalten

wolle, schloß der Redner seine Ausführungen. Der Rede des Genossen Eggert folgte der Bericht der Landtagsfraktion, den Genosse Birch erstattete, der dabei auf die Schwierigkeiten hinwies, die häufig das rein auf den agitatorischen Effekt eingestellte

Da die Bühnengenossenschaft eine Zwangsorganisation ist, so wird in Zukunft kein Theaterleiter einen Schauspieler engagieren dürfen, der nicht sein Examen bestanden hat.

Im Juniheft des „Neuen Wegs“ veröffentlicht nun Emil Bind eine Liste der Prüfungsteile, die das Präsidium der Genossenschaft nach den Vorschlägen der Bezirksauschüsse bestimmt hat. In allen Bezirken sollen drei Kammern gebildet werden, nämlich je eine für Schauspiel, Oper und Operette. In den Fällen, in denen ein einheitliches Urteil der Examinatoren nicht zustande kommt, soll die Prüfung als bestanden gelten, eine Ablehnung kann also nur einstimmig erfolgen.

Für den Bezirk Berlin bestehen die drei Prüfungskammern aus folgenden Mitgliedern: Schauspiel: Ferdinand Gregor, Emil Bind, Karlheinz Martin, Agnes Straub, Edward v. Winterfeld. Oper: Professor Arnals, Eduard Roedike, Luise Reuß-Beise, Stod. Operette: Braun, Franz Groß, Albert Kugner, Marie Dittmann.

Das Radiumland. Die Vereinigten Staaten besitzen in ihren Carnotit-Lagern die größte bisher bekannte Fundgrube für Radium, und sie produzieren jetzt mehr als die ganze übrige Welt zusammen. So ist Nordamerika das eigentliche Radiumland geworden. Die Gesamtmenge des heute auf der Welt vorhandenen reinen Radiums läßt sich auf 100 bis 110 Gramm schätzen; davon wurden etwa 70 Gramm in Amerika hergestellt; doch wurde auch noch ein beträchtlicher Teil der übrigen 30 bis 40 Gramm aus amerikanischen Erzen gewonnen. Von den 100 bis 110 Gramm Radium, die bisher hergestellt worden sind, hat der Krieg eine große Menge verschlungen, und zwar wurde sie verwendet zu Leuchtgasen für U-Boote, für die Zifferblätter der in Flugzeugen benutzten Instrumente, für die Zielvorrichtungen der Geschütze usw. Die ganze amerikanische Ausbeute der Jahre 1918 bis 1919 ist für diese Zwecke verbraucht worden, und in Europa wurde eine ganze Menge des früher für ärztliche Zwecke verwertbaren Radiums zu technischen Zwecken benutzt und ging damit der Wissenschaft verloren.

Leider sind die oberflächlich liegenden Lager der Vereinigten Staaten bereits zum großen Teil abgebaut; die jetzt zugänglichen Lager in Colorado und Utah werden in 6 bis 10 Jahren erschöpft sein; man muß daher, um weiterhin mit Gewinn Radium herstellen zu können, entweder eine billigere Methode der Radiumgewinnung finden oder den Preis des Radiums erhöhen. In Amerika stehen jetzt etwa 20 bis 25 Gramm Radium für ärztliche Zwecke zur Verfügung, und es ist von höchster Wichtigkeit, daß möglichst wenig von diesem für die Medizin unerlässlichen Stoff der Wissenschaft verloren geht.

Der größte Engländer aller Zeiten. Auf dem Trafalgar Square in London wurde ein Denkmal Washingtons enthüllt, das ein Geschenk des amerikanischen Staates Virginia an das britische Volk ist. Die Feierlichkeit bezog sich in Anwesenheit Lord Curzons, der in seiner Festrede Washington den „größten Engländer aller Zeiten“ nannte.

Japanische Stiftung. In Tokio übergab der Professor Arimawa Kamens 500 japanischer Krone, die ihre Studien in Deutschland gemacht haben, dem deutschen Vorkämpfer 490 000 Mark, die als Stiftung für die medizinischen Fakultäten deutscher Universitäten bestimmt wurden.

Verhalten der Unabhängigen in der Kammer bereit. In der auf die Referate folgenden Diskussion wurde besonders eingehend die Frage der Einigung der beiden sozialistischen Parteien behandelt. Es lag zu dieser Frage die bekannte Chemnitzer Resolution vor, in der gefordert wurde, daß von Partei zu Partei in unverbändliche Verhandlungen eingetreten werde, zwecks sofortiger Bildung einer politischen Arbeitsgemeinschaft mit dem klar gesteckten Ziel einer späteren organisatorischen Wiedervereinigung. Diese Chemnitzer Resolution und alle übrigen Anträge, die sich mit der Einigungsfrage beschäftigten, wurden zurückerzogen zugunsten einer von den Genossen Hagen, Eggert und Arzt, Dresden, Felsch, Chemnitz, Meier, Zwickau, und einigen anderen Genossen unterzeichneten Resolution, die ein Bekenntnis zum Einheitsstaat enthält, den festen Willen bekundet, an der von beiden sozialistischen Parteien gebildeten Regierung festzuhalten, und in der dann gesagt wird, es solle nichts unversucht gelassen werden, um nicht nur im Landtag, sondern auch in den Gemeindeparlamenten

Arbeitsgemeinschaften zu schaffen mit dem Ziele einer organisatorischen Wiedervereinigung. Bei einer Veränderung der politischen Lage, gleichwie in welcher Form, soll eine außerordentliche Landeskonferenz einberufen werden.

In den Reden aller Genossen, die in der Diskussion zum Wort kamen und die sich zu der Einigungsfrage äußerten, kam der Wunsch zum Ausdruck, daß es gesungen möge, bald der Zerpfütterung des Proletariats ein Ende zu machen. Der Genosse Ministerpräsident Bud stellte sich auf den Standpunkt, daß die sozialistische Regierung solange wie möglich gehalten werden müsse, aber man dürfe in Sachen nicht etwa einmal den Fehler machen, wie anderwärts, wo man aus einer gewissen Verärgerung heraus die Zügel aus der Hand gegeben habe. Er könne sich auch einen Zeitpunkt denken, wo man auch mit der Deutschen Volkspartei zusammenarbeiten, wenn sich diese auf den Boden der demokratischen Verfassung stelle.

Die Resolution der Genossen Hagen, Eggert, Felsch usw. wurde einstimmig angenommen.

Es wurde ferner eine Resolution angenommen, die es billigt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vor Verabschiedung der notwendigen Besteuerungsindirekte Steuern nicht bewilligen wolle, und die gegen die vom volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages beschlossene Brodverteuerung protestiert.

Nach mehrere Entschuldigungen, die sich gegen den Reichstagsgegenschwur wandten, wurden angenommen.

Groß-Berlin

Ein gestörtes Schützenfest.

Mit einer wüsten Schlägerei, bei der eine ganze Anzahl Personen nicht unerheblich verletzt wurden und andere bei dem großen Durcheinander um verschiedene Schmuckstücke gekommen sind, endete die Feier eines Schützenfestes, das die Wilmersdorfer Schützengilde in der Nacht zum Sonntag in dem Restaurant Seebad in Wilmersdorf veranstaltet hatte. Zu der Festlichkeit hatten auch Nichtmitglieder gegen Erstattung des Eintrittsgeldes Zutritt. So kam es, daß sich allerhand unerwünschte Elemente einfanden. Unter diesen gerieten einige sich derart, daß sich der Tanzmeister veranlaßt sah, gegen sie einzuschreiten. Als sie sich nicht fügten, wurden sie aus dem Saale verwiesen. Die „Herausgeworfenen“ wurden nun von anderen Burschen, die der Festlichkeit vor ausen beimahnten, aufgefaßt, sich diese „Behandlung“ nicht gefallen zu lassen. Die Folge war, daß die Ruhestörer im Verein mit anderen zweifelhafte Elemente, die sich in der dortigen Gegend, besonders auf dem Gelände des früheren Schrammschen Sees herumzutreiben pflegen, mit Gewalt in den Festsaal eindrangen und über die Festteilnehmer herfielen. Es kam zu einer regelrechten Schlägerei, auf die bei Benachrichtigung hin mehrere Beamte der Schutzpolizei eingriffen, um die Ruhestörer und Eindringlinge festzusetzen. Drei von ihnen wurden zur Reinerwache gebracht. Bei der Schlägerei wurden mehrere Personen nicht unerheblich verletzt, einigen anderen die Halsketten und andere Schmuckstücke entrisen.

Von anderer Seite ist der Versuch gemacht worden, die Angelegenheit nicht als einen Raubüberfall, sondern als eine Schlägerei mit politischem Hintergrund darzustellen. Die Ruhestörer werden als Mitglieder einer Gesellschaft „Malkotone“ bezeichnet, die in Wilmersdorf berichtigt sei und schon öfter mit der Schützengilde Streit gehabt haben soll. Die Untersuchung wird hoffentlich bald Klarheit in die Angelegenheit bringen. Ferner war von einer Berliner Mittagszeitung behauptet worden, es handle sich um ein auf drei Tage berechnetes Fest der Wilmersdorfer Schützengilde. Es wäre nicht uninteressant, von der Schützengilde zu hören, ob sie tatsächlich die Absicht gehabt hat, in dieser ersten und schwersten Zeit ein drei Tage lang dauerndes Fest zu feiern.

Schreckenstat eines Anormalen.

Ein ganzes Jahr zurück liegt eine gräßliche Bluttat, die vor dem Schwurgericht des Landgerichts I ihre Sühne finden soll. Angeklagt ist der Photograph Emil Schubert, der beschuldigt ist, in der Nacht zum 7. Juli v. J. die unverheiratete Agnes Seiffert vorfälschlich getötet zu haben.

Der Angeklagte hatte die Seiffert im Munsterlager kennengelernt; er ging mit ihr nach Berlin und die beiden mieteten sich in einem Privatlogis des Hauses Marienstraße 18 ein. Bald ging das Geld zu Ende und die Seiffert sollte zum Munsterlager zurückfahren. Auf dem Anhalter Bahnhof wurde der Zug veräußert. Das sollte der Anlaß zum Ausbruch der Katastrophe sein. In ihrer Behauptung gerieten die beiden in Streit, und Schubert stürzte sich schließlich in einem Anfall von Wut und Eifersucht auf das Mädchen, würgte sie und schnitt ihr mit einem Rasiermesser die Kehle durch. Nun bedeckte er die tote mit einem Bettstück, zog sich an und entfernte sich unbemerkt mit seinem Koffer aus dem Zimmer. Er hinterließ einen Zettel folgenden Inhalts: „An die Kriminalpolizei! Es ist unser gemeinsamer Beschluß, auf diesem Wege aus dem Leben zu scheiden, da unserer Liebe zueinander Hindernisse im Wege standen. Suchen Sie, wenn Sie dieses finden, auch mich unter den Toten.“ Am anderen Tage fuhr er nach Wannsee, wo er sich mehrere Tage umhertrieb und schließlich verhaftet wurde. Da eine Untersuchung des Seiffertzustandes Schuberts ergab, daß er anormal ist, wurde angenommen, daß er die Tötung im Affekt vorgenommen hatte und demgemäß wurde die Anklage nur wegen Totschlag erhoben.

Das Urteil im Mordprozess Flehmer.

Nach einer Verhandlungsdauer von 16 Stunden ging in der zweiten Morgenstunde des gestrigen Sonntags der Mordprozess gegen die Witwe Flehmer zu Ende. Es waren 23 Schuldsfragen zu beurteilen. Die Geschworenen sprachen Frau Flehmer des Mordverfuges, der Urkundenfälschung, des Betruges, Diebstahls und der Verleumdung einer Leiche schuldig; bei der Tochter wurde Beihilfe zu diesen Verbrechen angenommen. Das Gericht verurteilte Frau Flehmer zu elf Jahren Zuchthaus und sechs Wochen Haft. Ein Jahr der Untersuchungshaft wurde auf die Strafe angerechnet. Gertrud Flehmer wurde zu sechs Jahren Zuchthaus und sechs Wochen Haft, ebenfalls unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 15 bzw. 8 Jahre Zuchthaus beantragt.

Die Lage der Berliner Straßenbahn.

Die städtische Verkehrsdeputation beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Stadtbaurats Dr.-Ing. Adler mit einer großen Reihe von Verkehrs- und Verwaltungsfragen. Den

Der Hilfstag für Oberschlesien

In Danzow.

war vom schönsten Wetter begünstigt. In allen größeren Verkehrsstraßen sah man festlich gekleidete Menschen, vielfach gruppenweise, demonstrativ bestimmten Plätzen zustreben. Zahlreich war die Schar der meistens aus jugendlichen Knaben und Mädchen bestehenden, an der weiß-gelben Armblende kenntlichen Sammler, die sich mit der Bitte um eine Gabe für die bedrängten Volksgenossen in Oberschlesien an die Passanten wandten. Willig wurde gespendet und freudig wurde sie gegen die Verabreichung einer Marguerite von den Sammlern entgegengenommen. Bald trugen Tausende die weiße Blume als Schmuck an der Brust.

Die Kommunisten hatten diesen Sonntag auch zu einer Demonstration gewählt. Sie kamen gruppenweise mit roten Fahnen auf den Schloßplatz gezogen, wo sie am Begastbrunnen Ausstellung nahmen. Hier wurden Reden gehalten und auch Sammlungen vorgenommen. In der zwölften Stunde zogen die Demonstranten in einzelnen Abteilungen wieder ab.

Inzwischen hatte sich unter den Linden am Denkmal Friedrichs II. eine große Menschenmenge angesammelt in der Erwartung, daß hier eine Musikkapelle spielen werde und Ansprachen gehalten würden. Die erwarteten Ansprachen blieben aus, aber die Musiker waren pünktlich um die Mittagszeit zur Stelle und die Volksmassen blieben bis zum Schluß der musikalischen Vorträge in bester Stimmung beisammen.

Im Stadion

fand eine machtvolle Kundgebung statt. Vor einer großen Menschenmenge sprach zuerst Bizetanzler Bauer. Er führte unter anderem aus, daß der Tag dem Lande und der Bevölkerung Oberschlesiens gelte, auf denen ein schweres Geschick lastete. Oberschlesien untersteht der Interalliierten Kommission, aber diese hat sich ihrer Nachmittel nicht dazu aufschwingen können, die polnischen Insurgenten in Schach zu halten. Die Interalliierte Kommission hat in Oberschlesien vollkommen verlagert. Der polnische Terror hat tausende aus der Heimat vertrieben. Deutschland hat selbst keine Macht in Oberschlesien, denn die Regierung ist an Händen und Füßen gefesselt. Wir können nur fordern, daß die Volksabstimmung respektiert werde. Mit dem Schlußwort: „Wir wollen kein einseitig Volk von Brüdern“ schloß dann der Redner seine eindrucksvollen Vorlesungen unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden. Ministerpräsident Stegerwald führte aus, daß die Oberschlesier ihre Schuldigkeit getan hätten, trotz des polnischen Terrors. Dreierlei komme jetzt für Oberschlesien in Betracht. Es muß von den Insurgenten befreit werden, es muß endlich ausgesprochen werden, was ist und dann muß der Aufbau beginnen. Mit einem Hoch auf Oberschlesien und die obereschlesische Bevölkerung schloß der Redner.

Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete, wie wir erfahren, die gegenwärtige Lage der Berliner städtischen Straßenbahnen.

Nach dem Bericht des Vorsitzenden haben bis jetzt 1243 Angestellte der Straßenbahn den Dienst mit einem Abfehrgehalt von 2000 Mark verlassen, dazu treten noch annähernd 300 sonstige Uebertritte in den Ruhestand und Entlassungen, so daß das Unternehmen um insgesamt 1513 Angestellte und damit um eine Ausgabe von jährlich mehreren Millionen entlastet ist. Die so gewonnenen Mittel werden zur weiteren Durchführung der Erneuerungs- und Instandhaltungsarbeiten, insbesondere an den Gleisen, verwendet.

Auch die Belegschaft der Hauptwerkstätte hat sich vermindert, so daß die durch die Ueberzahl der Angestellten verursachten Mißstände zum größten Teil beseitigt werden konnten.

Seit dem 1. April weisen infolge der Tarifserhöhung die monatlichen Berichte der Straßenbahn keinen Fehlbetrag mehr aus. Wegen der Stundung der Verkehrsabgabe an die Stadt, die auf Grund der alten Verträge mit jährlich 33 Millionen zu zahlen ist und ebenso wegen der Reichsverkehrssteuer, die das Straßenbahnunternehmen gleichfalls mit 32 Millionen jährlich belastet, schweben Verhandlungen.

Der größte Teil der Betriebseinsparungen sei jetzt durchgeführt, wodurch erhebliche Ersparnisse erzielt würden. Die im Zusammenhang hiermit erfolgte Verkürzung der Linie 61, die früher bis zur Bergstraße in Steglitz ging, bringe eine tägliche Ersparnis von 1300 M., was jährlich 450 000 M. ausmache. Auf Anregung von verschiedenen Seiten der Deputation soll entsprechend dem von allen Fraktionen unterschriebenen Antrag in der Stadtkonferenz der Stadtkonferenz eingehend geprüft werden, wie dem Lauenburger Ortsteil von Steglitz eine bessere Straßenbahnverbindung zu verschaffen sei.

In der allgemeinen Aussprache kam erneut die Meinung zum Ausdruck, daß ohne die von der Direktion für erforderlich bezeichnete Zuführung von erheblichem Kapital die innere Befundung des Unternehmens nicht erwartet werden könne, daß aber die Verwaltung durch die ihr aufzuzuwahrende Politik der kleinen Mittel die Straßenbahn so gut wie irgendmöglich den Betrieb zu verbessern suche. Anerkannt wurde auch die Einführung von 50 neuen Motorwagen auf den schwerbelasteten Linien P, R, 99, 57 und 26, wobei nur bemängelt wurde, daß die Eingänge dieser Wagen etwas schmal geraten seien.

Schüsse auf einen Eisenbahnzug. Gestern nachmittag gegen 3 1/2 Uhr wurde der Vorortzug Nr. 1132, der in der Richtung Papenstraße-Südende fuhr, in der Holzhandlung von Michaelis beschossen. Die Schüsse mußten vom Bahngelände längs der Bahnstraße abgefeuert worden sein, da eine Kugel den letzten Wagen 2. Klasse an der Rückwand durchlöchert hat. Zum Glück ist niemand verletzt worden.

Wer ist das Mädchen? Am 18. November 1920 wurde dem städtischen Obdach durch die Lauenhagenwache ein Mädchen im Alter von 10-12 Jahren zugeführt, das seine Wohnung nicht wußte. Angeblich ist das Mädchen verschleppt. Es nennt sich Edith Hanke, will am 11. Mai 1911 geboren sein und mit seinen Eltern aus dem an Polen gefallenen Westpreußen (Schönau bei Schwiege) nach Berlin gezogen sein. Die Eltern des Mädchens konnten bisher nicht ermittelt werden. Das Mädchen hat hellblondes Haar, breites Gesicht und trug Kleidung, die dem Schnitt nach auf dem Lande angefertigt sein kann. Zweckdienliche Angaben werden vom städtischen Jugendamt, Charlottenburg, Pflügerstraße 9, Zimmer 54, erbeten.

Ein künstlerischer Oberschlesierabend fand im Rahmen des großen Oberschlesiertages am Sonntag abend im großen Saal der Philharmonie statt, zu dem auch der Reichspräsident Genosse Ebert, der Reichstanzler und eine Anzahl Minister erschienen waren. Die bedeutendste Kundgebung des Abends war die Ansprache des Reichstanzlers Dr. Wirth, die zum Schluß einbezüglichen draufenden Beifall auslöste. Hans W. Hühner las den Aufruf von Gerhart Hauptmann und den Prolog von Hermann Stehr vom Blatt ab und ließ leiser leiser die innere Ergriffenheit und Wärme vernehmen. Der Künstler kann anders, wenn er nur will. Er zeigte das an einigen weiteren Rezitationen. Wenn er aber nicht will, so können wir an dieser Stelle den ganz entschiedenen Wunsch nicht unterdrücken, ihn bei ähnlichen Anlässen nicht wieder zu sehen. Der Berliner Lehrergesangverein trug eine Anzahl Lieder vor, „von einer Kraft des Schalles, an Urgewalt dem Frühlingsdonner gleich.“ Sein Liebling scheint Richard Wiesner zu sein. Der Berliner Domchor, dieser wie die Lehrer unter Professor Müdels Leitung, sang meisterhaft, Weisheit und Bitterkeit nicht minder. Elise Heims sollte registrieren, war aber nicht da. Gerhart Hauptmanns Aufruf wurde registriert, fand aber nicht mal auf dem Zettel. Kurz, die Regie kappte nicht. Zum Schluß gab es Filmbilder der Wehnerwoche der Deutscher Oberschlesier, die, da sie meistens unbewegte Szenarien darstellten, recht belanglos waren, zumal man die Bilder aus Zeitschriften bereits kannte.

hatte sich um 12 Uhr eine große Menschenmenge auf dem Marktplatz versammelt. Vorträge eines Orchesters und des Lehrergesangvereins leiteten die Feier ein und schloffen sie. Gen. Dr. Zschlin hielt die Festansprache und fand reichen Beifall. Gegen 4 Uhr begann ein Umzug der Vereine der heimattreuen Oberschlesier, an den sich eine Fülle von Bändern Konzertsaal anschloß.

Der Berliner Oberschlesiertag fand seinen würdigen Abschluß in der großen Kundgebung, die mehrere tausend Personen aus allen Kreisen der Bevölkerung Berlins in dem großen Saal der Philharmonie vereinte. Schon vor Beginn der Feier war Reichspräsident Ebert sowie der Reichstanzler Dr. Wirth und der preussische Ministerpräsident Dr. Stegerwald erschienen. Später trat der Außenminister Dr. Rosen ein. Ferner sah man zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete aus allen Parteien und namhafte Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden. Ebenso war die Reichstanzler vertreten. Im Verlauf des Abends sprach der Reichstanzler über die Not Oberschlesiens, die er als einen Teil der Not des ganzen deutschen Volkes bezeichnete. Der Rettungsweg aus dieser Not sei eine unerzögerte unerschütterliche Geduld und das durch nichts zu erlösende Gefühl, daß das Recht auf unserer Seite steht. Fand der Kanzler mit dem Appell an die Geduld starken Beifall, so sollte zum Schluß der Rede die ganze Versammlung doch starken, langanhaltenden Beifall. Nach musikalischen und rezitativen Darbietungen bekannter Berliner Künstler und Chöre wurden im Film Aufnahmen aus Oberschlesien vorgeführt.

Katibor, 4. Juli. (W.B.) Der D-Zug Katibor-Breslau, der gestern nachmittag hier abgegangen war, mußte auf Station Wensa wieder umkehren, da er bei Summin von Insurgenten beschossen worden war. Wie die „Rundschau“ mitteilt, ist der Zugverkehr inzwischen wieder eingestellt worden.

In einem Teil der französischen Presse wird die Nachricht verbreitet, aus Breslau und Berlin seien Kommunisten in Oberschlesien eingetroffen, um im Verein mit Teilen der Hoeferschen Unterverbände (von den Franzosen Orgech, Orka und Monarchistische Schupoereinigung genannt) Unruhen hervorzurufen. Uns ist darüber bisher keine Nachricht zugegangen. Es ist anzunehmen, daß Polen durch Austreibung derartiger Meldungen in der französischen Presse die Notwendigkeit des Fortbestehens der bewaffneten Insurgentenverbände beweisen will, eine Methode, die wir aus den Gepflogenheiten unserer Orgechpresse zur Genüge kennen.

Achtung, Tumultbeschädigte! Am Montag (heute), den 4. Juli, abends 8 Uhr, findet eine wichtige Mitgliederversammlung der Vereinigung der Tumultbeschädigten Groß-Berlins in der Schulaula Lillier Straße statt, mit Bericht über unseren Anschluß an den Bund und Besprechung über die Errichtung einer kostenlosen Rechtsauskunftsstelle. Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt notwendig. Tumultbeschädigte, welche Mitglieder werden wollen, sind eingeladen.

Heber „Stimmen aus dem Schacht“, Briefe aus dem Gefängnis von Rosa Luxemburg spricht Warrter Vierer am Dienstag, den 6. Juli, abends 8 Uhr, in der Aula der Kaiser-Friedrich-Schule, Knechtstraße, nahe Savignyplatz.

Die Deputation für Kunst und Bildung des Verwaltungsbezirks Cöpenick veranlaßt vom 5. bis 8. Juli Sonderführungen des Films: Wunder des Schneeschußs, und zwar nachmittags 6 Uhr im Cöpenicker Union-Theater, Rudowstr. 1 (Gärtnerplatz), am 8. Juli jedoch abends 8 Uhr im Lichtspieltheater des Herrn Ehrhardt, Seeman, Bahnhofstr. 1. Eintritt 2 M.

Das Wetter für morgen.

Ständig NW, zeitweise heiter, jedoch übermorgens bewölkt mit leichten Regenschauern und größtenteils schwachen, nordwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Kreis, Klempenow. Heute abend 7 Uhr, Elternversammlung der 82. und 90. Gemeindefamilie Turnstraße 75 in der Aula Waldenstraße 20: 1. Bericht der Streikleitung über den Stand der Räumung, 2. Arbeitsstelle.

Jungsozialisten. Gruppenversammlung heute abend 7 Uhr im Saal der Juristischen Hochschule, Lindenstraße 4, 1. Hof links. Tagesordnung: 1. Organisationsfragen, 2. Geschäftsbericht, 3. Wahl von Redatoren, 4. Beschiedenes. Die Gruppenleitungen müssen vollständig vertreten sein.

Sport.

Rennen zu Grunewald, Sonntag, 4. Juli. Das Stuten-Derby, den Preis der Diana, holte sich Herr Friedheims Himmelblau unter Kasper, womit wohl das beste Pferd des Feldes den Sieg an sich brachte.

I. Fraueninsel-Rennen. 19 000 M. Belegungsreiten. 14 000 Meter. Siegerin (Janke) 1. Leonie (G. Braun) 2. Dellmüller (Vorowitz) 3. Tot: 88 : 10. II. 25, 54, 34 : 10. Ferner liefen: Holle, Julia, Landmann, Meierin, Conderlin, Gohrba, Kadenfuch, Rose Marie (4.), Rausch, Weinbaum, Gharuschin. II. Berufsrennen der Hengste. Ehrenpreis u. 13 000 M. für Zweijährige. 1000 Meter. Protos (Eugenius) 1. Arias Herberg (Steiner) 2. Diamant (Jensich) 3. Tot: 33 : 10. III. Preis von Steinach. 30 000 M. 2000 Meter. Graf Ferry (O. Schmidt) 1. Verländer (G. Janke) 2. Berthel (Danz) 3. Tot: 20 : 10. IV. 10, 10 : 10. Ferner lief: Botan. IV. Juli-Ausgleich. 24 000 M. 1600 Meter. Oello (G. Braun) 1. Jazagato (Raffenberg) 2. Granit (Halle) 3. Tot: 91 : 10. V. 21, 15, 13 : 10. Ferner liefen: Fredegunde (4.), Tubarose, Oberaster III, Halbmond, Rosamunde, Sany, Polist, Flugschiff, Wöbe II, Ebeogart. V. Preis der Diana. 70 000 M. für dreijährige Stuten. 2000 Meter. Himmelblau (Kasper) 1. Die Wolle (Zimmermann) 2. Schindler (Watz) 3. Tot: 82 : 10. VI. 12, 16, 55 : 10. Ferner liefen: Convention, Sena, Rebusa, Romke (4.). VI. Preis von Fferbrook. 24 000 M. 1200 Meter. Erda (Danz) 1. Pfening (Staubinger) 2. Grünha (Watz) 3. Tot: 163 : 10. VII. 34, 18, 23 : 10. Ferner liefen: Eva, Harmonie (4.), Brandmeister, Bruna, Quälgeist, Clara. VII. Hahn-Ausgleich. 30 000 M. 2400 Meter. Holluste (Raffenberg) 1. Turban (G. Janke) 2. Arfenritter (G. Fischer) 3. Tot: 109 : 10. VIII. 33, 18, 36 : 10. Ferner liefen: Scapa, Falter, Metronom, Wefer, Einhart, Oceana, Geribert, Der Sogeannte.

Arbeiter-sport.

Der „Freie Arbeiterbund Berlin“, die Vereinigung der Großberliner Arbeiter- und Arbeitervereine, veranstaltet am Sonntag, den 10. Juli, auf dem Langen See bei Oranau seine 9. Bundesregatta. Beginn 2 Uhr. Start: „Marientau“, Ziel: Tribüne des Berliner Regattaverdens. Durch die Beteiligung der Vereine aus Breslau und Hannover sollen interessante Wettkämpfe bedort. Es ist daher jedem, der an dem sportlichen Eifer und Aufwärtstreben der Arbeiter- und Arbeitervereine Anteil nimmt, der Besuch der Regatta zu empfehlen. Karten zu 2 und 3 Mark bei dem Bundesverein, in dem mit Plakaten belegten Handlungen und an der Kasse.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Operantisten-Verein. Dienstag, den 5. Juli, Monatsversammlung, Sophien-Opern, Weimarsstraße 16/17, abends 7 1/2 Uhr pünktlich.

Vereinigung sozialistischer Arbeitervereine. Mitgliederversammlung am Dienstag, den 5. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Räumlichen Gymnasium, Zwickstraße 25. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und der Sozialismus. Referenten: a) Frau Rosa Kreuz-Jesse, b) H. Schumacher, 2. Diskussion.

Centralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands, Ostpreußen-Gesellschaft. Offizieller Empfang, Montag, den 4. Juli, nachm. 5 Uhr, Schulaula, Götterstraße 51. — Dienstag, den 5. Juli, nachm. 5 Uhr, Aula des Sophien-Regattaverdens, Zwickstraße 25-26.

